

A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Daniel Köbler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 17/6596 –

Abbau von Arbeitsplätzen bei Opel

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/6596** – vom 22. Juni 2018 hat folgenden Wortlaut:

Management und Betriebsrat von Opel haben ein Eckpunktepapier zur Sanierung des Autoherstellers unterzeichnet. Dieses sieht vor, dass insgesamt 3 700 Stellen in Deutschland, davon rund 3 000 am Stammsitz Rüsselsheim, abgebaut werden. Aufgrund der Nähe zu Rheinland-Pfalz sind davon auch viele rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Vereinbarung zwischen Management und Betriebsrat zur Sanierung von Opel?
2. Wie wird der vereinbarte Stellenabbau umgesetzt?
3. Inwieweit ist das Entwicklungszentrum von dem Stellenabbau betroffen?
4. Wie wirkt sich der deutliche Abbau von Arbeitsplätzen in Rüsselsheim auf die umliegende Region, insbesondere in Rheinland-Pfalz, aus?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Juli 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung begrüßt, dass die Sozialpartner – entsprechend der Pressemeldung der Opel GmbH vom 29. Mai 2018 – eine einvernehmliche Vorgehensweise hinsichtlich der Weiterentwicklung der Opel Automobile GmbH innerhalb der Group PSA gefunden haben. Die Einigung ist auch Ausdruck der funktionierenden Sozialpartnerschaft am Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland. Darüber hinaus bewertet die Landesregierung unternehmensinterne Entscheidungen grundsätzlich nicht.

Zu den Fragen 2 und 3:

Die Fragen 2 und 3 beziehen sich auf unternehmensinterne Entscheidungen, in welche die Landesregierung nicht eingebunden ist.

Zu Frage 4:

Der Landesregierung liegen bislang keine Kenntnisse vor, wie sich die zwischen den Sozialpartnern bereits einvernehmlich vereinbarten Stellenabgänge im Rahmen des Freiwilligen-Programms auf die jeweiligen Standorte in Deutschland (Rüsselsheim, Kaiserslautern, Eisenach) verteilen.

In Vertretung:
Daniela Schmitt
Staatssekretärin